

/// Drum prüfe, wer sich da bindet ...

DIE MINISTERERLAUBNIS UND DIE FUSION EDEKA MIT KAISER'S TENGELMANN

HANS-PETER UHL /// äußert sich im nachfolgenden Interview zum Instrument der Ministererlaubnis, von dem Sigmar Gabriel Gebrauch gemacht hat. Der Wirtschaftsminister hatte sich gegen die Entscheidung des Bundeskartellamts gestellt, das die Fusion der Handelsketten Edeka und Kaiser's Tengelmann untersagt hatte. Gabriels politisches Eingreifen in die Prozesse und Regularien der Marktwirtschaft wurde vom Oberlandesgericht Düsseldorf abgeschmettert. Die Ministererlaubnis ist ein Akt, der das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft deutlich machen soll. Aber es geht dabei tatsächlich darum, was Gemeinwohl und marktwirtschaftliche Interessen noch unterscheidet und welche Rolle die Gerichtsbarkeit dabei spielt.

Politische Studien: Herr Uhl, Sie gelten als Experte in Sachen Ministererlaubnis. Sie haben bereits über die Fusionskontrolle im deutschen und englischen Recht promoviert. Die Ministererlaubnis ist ein Element von vielen Prüfungen. Was bedeutet sie für unsere rechtsstaatliche Verfassung

und Soziale Marktwirtschaft und warum gibt es ein solches Instrument?

Hans-Peter Uhl: Die Kontrolle von Fusionen obliegt zunächst dem Bundeskartellamt und der Monopolkommission. Aber selbst wenn diese Fachleute der Meinung sind, dass ein Zusammenschluss zu einer marktbeherrschenden Stellung führen wird, kann der Wirtschaftsminister des Bundes die Fusion mit entsprechenden Auflagen koppeln

”

In einer Sozialen Marktwirtschaft gibt es keinen Wettbewerb um **JEDEN** Preis.



Quelle: Ulrich Baumgarten/Getty Images

Wird das noch was mit den beiden? Momentan liegt die geplante Fusion von Kaiser's Tengelmann mit Edeka auf Eis.

und dann doch genehmigen. Er entscheidet aus Gründen des Gemeinwohls und damit unter Bezug auf die soziale Komponente unserer Marktwirtschaft und stellt diese über das Wettbewerbsprinzip. Das ist der Rechtsgedanke.

Politische Studien: Die Politik soll also in einem konkreten „gemeinwohlorientierten“ Fall das letzte Wort haben. Das ist doch das, was wir uns wünschen, nämlich dass die Politik das große Ganze über die Einzelinteressen der Wirtschaft stellt. Wo liegt also das Problem?

Hans-Peter Uhl: Die Umsetzung dieser ordnungspolitischen Idee war den Vertretern des reinen Wettbewerbs von Anfang an ein Dorn im Auge. Der Wettbe-

werb steht für sie über allem. Ausnahmen wollen sie nicht dulden. Das ist aber nicht im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft, wie wir sie vertreten. Ein mechanistisches Verständnis von Wettbewerb wird den sozialen Anforderungen nicht gerecht. Dagegen müssen wir uns zur Wehr setzen. In einer Sozialen Marktwirtschaft gibt es keinen Wettbewerb um jeden Preis.

Politische Studien: Allzu oft kommt es ja auch nicht vor, dass diese beiden Pole aufeinander treffen. 22 Mal wurde bisher ein Antrag auf Ministererlaubnis gestellt, 9 Mal war der Antrag erfolgreich.

Hans-Peter Uhl: Die Ministererlaubnis ist ein sensibles Thema und es ist gut,

dass sie so selten angewandt wird und die Ausnahme von der Regel darstellt. Das war auch so gedacht. Aber sie ist ein konstituierendes Element unserer Sozialen Marktwirtschaft. Der Minister muss also gute Argumente haben. Auf keinen Fall darf er nach Gutsherrenart entscheiden.

Politische Studien: Das gutsherrenartige Vorgehen in der Causa Edeka und Kaiser's Tengelmann ist aber gerade der Vorwurf gegen Gabriel. Geheimgespräche und Klientel-Politik werden ihm vorgehalten, beides nicht im Sinne des Systems.

Hans-Peter Uhl: Meines Erachtens nach sind diese Vorwürfe symptomatisch für den Umgang mit der Ministererlaubnis. Das Verfahren soll so verkompliziert werden, dass sie nur noch sehr schwierig, wenn überhaupt durchführbar ist. Das politische Gestaltungselement „Ministererlaubnis“ wird somit ausgehebelt, denn letztlich meint man den Inhalt, beschränkt sich aber auf Verfahrensfragen. Das ist nicht in Ordnung. Aktuell wird das Verfahren skandalisiert und die Vorgehensweise von Minister Gabriel in Misskredit gebracht.

Politische Studien: Gabriel hat also sein Amt nicht missbraucht, indem er als

SPD-Vorsitzender und nicht als Wirtschaftsminister gehandelt hat?

Hans-Peter Uhl: Jede kritische Frage wird gerne parteipolitisch personalisiert. Aber wir reden im Grunde über ein abstraktes, ein institutionelles Thema. Das sollte man nicht mit verfahrenstechnischen Positionierungen ausbremsen. Die Ministererlaubnis ist wichtig, auch weil sie gegen ein mechanistisches Verständnis von Wettbewerb steht. Einen Amtsmissbrauch kann ich hier nicht erkennen.

Politische Studien: Mit den ministerlichen Auflagen wären die Arbeitsplätze auf fünf Jahre hin gesichert, allerdings nur für die Mitarbeiter der Tengelmann-Gruppe. Für Edeka gibt und wird es keine Auflagen geben. Macht das die Ministerentscheidung nicht doch fragwürdig?

Hans-Peter Uhl: Nein, man kann Arbeitsplätze nicht für immer einfrieren, sonst hätten wir am Ende den berühmten Heizer auf der E-Lokomotive. Man kann nur versuchen, so viele als möglich so lange wie möglich zu erhalten.

Politische Studien: Dieter Janecek, wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag, beklagt, dass wir nur noch wenige Konzerne im Lebensmittelmarkt haben und der Verbraucher letztlich kaum mehr eine Auswahl hat, wenn es zu weiteren Fusionen komme. Die Preise könnten steigen usw.

”

Aktuell wird das Verfahren **SKANDALISIERT** und die Vorgehensweise von Gabriel in Misskredit gebracht.

”

Man kann Arbeitsplätze nicht für **IMMER** einfrieren, sonst hätten wir am Ende den berühmten Heizer auf der E-Lokomotive.

Hans-Peter Uhl: Das kann und sollte man kritisch bewerten, hat aber mit der Ministererlaubnis nichts zu tun. Geschäftsmodelle sind entweder tragfähig oder nicht. Wenn sie nicht mehr wettbewerbsfähig sind, dann verschwinden sie vom Markt. Oder sie finden Nischen, in denen sie dann doch wieder bestehen können. Vielleicht gehen sie auch Fusionen ein. Und vergessen Sie nicht, dass die Ministererlaubnis Deutschland auch für ausländische Investoren interessant macht, denn die deutsche Ministererlaubnis hat klare Regeln und ist transparenter als die im europäischen Ausland.

Politische Studien: Herr Dr. Uhl, wie geht es Ihnen damit, in dieser Frage als Unterstützer des Bundesministers wahrgenommen zu werden. Das kommt ja ähnlich selten vor wie eine Ministererlaubnis ...

Hans-Peter Uhl: Ja, es geht mir ganz gut damit, denn letztlich stehe ich hier für die Sache ein. Und die Ministererlaubnis ist wichtig. Ich fand es sehr schön, dass Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung mich sogar zitiert hat. Es ist gefühlt Jahrzehnte her, seit mein Name zuletzt in der SZ stand. Schauen wir mal, wie es weiter-

gehen wird. Der Bundesgerichtshof muss noch entscheiden, das OLG Düsseldorf wird dazu tagen und der Bundesminister muss bei der Sitzung des Wirtschaftsausschusses im Bundestag, Rede und Antwort stehen. Es bleibt also spannend.

Politische Studien: Herr Dr. Uhl, vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Dr. Claudia Schlembach, Referentin für Wirtschaft und Finanzen der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



/// DR. HANS-PETER UHL MDB

ist Bundestagsabgeordneter und Justiziar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Berlin.

Siehe zu dieser Thematik auch:

Argumentation Kompakt Nr. 12/2016: Die Ministererlaubnis und die Fusion Edeka mit Kaiser's Tengelmann